Nr. 34
Juni 1996

Rotdorn

INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

An alle Haushalte

Nicht die Schwachen, sondern die Starken müssen belastet werden !

Was die Bundesregierung, CDU/CSU und FDP, der Bevölkerung als "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" anpreist, ist in Wahrheit ein Horror-Katalog gegen die gesamte Arbeitnehmerschaft. Die Bundesregierung schafft damit keine Arbeitsplätze, aber jede Menge neuer Belastungen und Verschlechterungen für abhängig Beschäftigte.

Devise: Arbeitnehmer belasten, Unternehmen entlasten. Die Folge: Armut steigt, und Reiche werden noch reicher.

Die Fakten:

Arbeitnehmerhaushalte mit vier Personen mußten 1995 rund 41 Prozent ihres Bruttoeinkommens für Steuern und Sozialabgaben bezahlen.

Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist seit 1980 von 30,6 Prozent auf rund 35 Prozent gestiegen.

Gleichzeitig fiel der Anteil der Unternehmenssteuern von knapp 14 Prozent auf rund 8 Prozent, der Anteil der veranlagten Einkommenssteuer von gut 10 Prozent auf 3 Prozent.

Die Vermögen in Deutschland vermehren sich explosionsartig: Das private Nettogeldvermögen hat sich seit 1980 auf 2900 Milliarden DM verdreifacht.

Die Hälfte dieses Vermögens teilt sich eine dünne Schicht von 10 Prozent der Bevölkerung. Sie kennzeichnet die Gruppe der wohlhabenden Personen. Nur 2,5 Prozent des Vermögens entfällt auf 50 Prozent der Bevölkerung.

Die Zahl der Vermögensmillionäre hat sich seit 1980 knapp vervierfacht und beträgt nun etwa eine Million Haushalte.

Gleichzeitig steigt auf der anderen Seite die Armut. Mehr als 5,5 Millionen Menschen waren 1995 auf Sozialhilfe angewiesen.

Mehr als 2,3 Millionen Arbeitslose, Rentner, Heiminsassen oder Alleinerziehende müssen ständig von Sozialhilfe leben. Seit 1980 haben sich diese Zahlen fast verdreifacht.

Nun wollen die Bonner Koalitionäre:

Absenkung des Solidaritätszuschlages ab 1997 auf 6,5 Prozent und ab 1998 auf 5,5 Prozent. Ein Ersatz für diese einzige verteilungspolitisch gleichwirkende Steuerbelastung aller Einkommensbezieher - etwa durch eine Vermögensabgabe bei Großvermögen - gibt es nicht.

Wegfall der betrieblichen Vermögenssteuer. Die bereits mit dem Jahressteuergesetz 1996 vorgesehene Entlastung der Unternehmen durch Wegfall der Gewerbekapitalsteuer und Senkung der Gewerbeertragssteuer wird um eine weitere Wohtal für Unternehmen ergänzt.

Zusammenfassung der privaten Vermögenssteuer mit der Erbschaftssteuer.

Anhebung der Beträge für die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen - von 12000 auf 24000 DM - bei Wegfall sozialer Voraussetzungen wie Kinderbetreuung oder Pflege.

All diese Maßnahmen begünstigen Großverdiener und Unternehmen.

Ein Vorschlag für eine Besteuerung von Vermögenszugewinnen fehlt ebenso im Programm der Bundesregierung, wie auch Initiativen für eine wirksame langfristige Vermögensumverteilung durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

Der Erschließung von Steuermilliarden durch ein wirksames Vorgehen gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung unterbleibt ebenso wie eine Durchforstung von Steuerabschreibungsmodellen auf ihre volkswirtschaftliche Nützlichkeit.

Statt dessen wird bei den Kleinen gespart und eingeschränkt: So soll die beabsichtigte Anhebung der Steuerfreiheitsgrenze für das Existentminimum ebenso verschoben werden, wie die bereits beschlossene Anhebung des Kindegeldes.

Der Kündigungsschutz in Kleinbetrieben soll verschlechtert werden. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall um 20 Prozent gekürzt werden. Das Rentenalter für Frauen soll ab 2000 angehoben werden, und vieles mehr.

Fazit: Wenn gespart werden muß, dann bei allen und angefangen werden muß bei denen, die "im Gelde schwimmen". Alles andere ist ungerecht, unsozial und wird deshalb auch zurecht von Kirchen und Sozialverbänden ebenso wie von den Gewerkschaften und der SPD abgelehnt!

Umstrittener Wassermindestverbrauch nicht zulässig!

Folgt jetzt eine ökologisch noch bedenklichere und sozial ungerechtere Lösung?

Neben der Grundgebühr (Zählergebühr) und dem Wasserpreis wurde ab 1992 auch noch ein Mindestverbrauch von 25 Kubikmetern pro Person eingeführt. Bereits bei der Wasserabrechnung für 1992 stellte sich jedoch heraus, daß mit dieser Regelung nicht nur die beabsichtigten Zweitwohnungsbesitzer mit geringem Wasserverbrauch, sondern auch zahlreiche andere Medebacher Bürgerinnen und Bürger belastet wurden, weil sie pro Person weniger als 25 Kubikmeter verbraucht haben, und den Mindestverbrauch bezahlen mußten. Die SPD-Fraktion stellte daraufhin den Antrag, den Wassermindestverbrauch auf 15 cbm zu senken. Der Antrag fand im Rat jedoch keine Mehrheit. Man wollte zunächst ein mittlerweile anhängiges Gerichtsverfahren abwarten, bei dem ein Zweitwohnungsbesizter gegen den Wassermindestverbrauch geklagt hatte. Nachdem das Verwaltungsgericht in Arnsberg gegen die Stadt und den Wassermindestverbrauch entschieden hatte, zog die Stadt ins Berufungsverfahren vor das Oberverwaltungsgericht in Münster. Im Mai unterlag die Stadt jedoch auch hier. Der Wassermindestverbrauch wurde für unrechtmäßig erklärt.

Zwar muß die Stadt den Wassermindestverbrauch jetzt abschaffen, doch denkt Stadtdirektor Nolte, nach eigenen Aussagen in der Mai-Ratssitzung, über eine Alternative zum Wassermindestverbrauch in Form einer "Grundgebühr 2" nach, die dann zusätzlich zur bisherigen Zählergebühr (z.B. 30 oder 40 DM pro Person) kassiert werden sollte.

SPD-Fraktionschef Hiemer hat gegen Noltes "Denkmodell" eine solche Grundgebühr 2 einzuführen, bereits den Widerstand seiner Fraktion angekündigt.

Würde eine solche 2. Grundgebühr, noch stärker als der Wassermindestverbrauch von 25 Kubikmetern, doch gerade ältere alleinstehende Bürgerinnen und Bürger, die erfahrungsgemäß einen niedrigen Wasserverbrauch haben, und auch Familien mit Kindern besonders hart treffen .

Zahlt ein 4 Personenhaushalt mit einem Wasserverbrauch von z.B. 120 cbm im Jahr derzeit neben der Zählergebühr von 144.- DM noch 253,20 DM (120 cbm zu 2,11 DM) + MWSt. an Wassergebühren, kämen, bei einer zusätzlichen Grundgebühr 2 von z. B. 40 DM/Person, weitere 160.- DM hinzu.

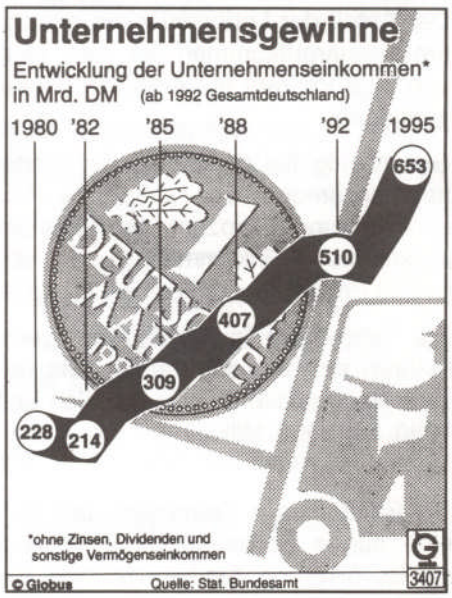
Selbst wenn durch eine solche Regelung der Wasserpreis je Kubikmeter um 40 oder 50 Pfennig gesenkt werden kann, bleibt für viele Haushalte eine Mehrbelastung.

Lediglich einige Vielverbraucher, Gewerbebetriebe und vor allem der Ferienpark könnten sich die Hände reiben.

Und warum das Ganze? Weil einige Zweitwohungsbesitzer, die kaum Wasser verbrauchen über eine Grundgebühr 2 unbedingt einen größeren Beitrag zu den relativ hohem Wasserfixkosten der Stadt leisten sollen ? Oder weil vermutlich einige wenige Bürger immer noch ihre "illegalen" Brunnen nutzen ?

Wenn man die Zweitwohnungsbesitzer stärker als bisher an den Infrastrukturkosten der Stadt beteiligen will, dann soll man dieses (wie z. B. in Winterberg) über eine Zweitwohungssteuer tun.

Von allen Medebacher Bürgerinnen und Bürger eine Grundgebühr 2 abzukassieren halten wir schlichtweg für falsch, da dieses sozial ungerecht, ökologisch äußerst bedenklich und auch völlig wirklichkeitsfremd wäre, schließlich haben auch unsere Nachbarstädte, ob in Hessen oder im HSK, hohe Wasserfixkosten, einen Wassermindestverbrauch oder gar eine Grundgebühr 2 gibt es dort nach unseren Informationen nicht.



Impressum:
Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach,
vertreten durch den 1. Vorsitzenden Michael Hiemer
Redaktion: Ulrich Mikol
Auflage: 3100 Exemplare
Anschrift der Redaktion:
Glindfelder Weg 57, 59964 Medebach
Satz: SPD Medebach · Druck: Kräling-Druck

Endlich kann Stadt wieder Baugrundstücke in der Kernstadt anbieten

Mit dem Inkrafttreten des erweiterten Bebauungsplanes "Gelängeweg" können Bauwillige wieder Baugrundstücke von der Stadt erwerben.

Die SPD - Fraktion betrachtet dieses auch als ihren Erfolg, schließlich wurde der entscheidende Anstoß für die Schaffung neuer Bauplätze durch eine Initiative der SPD - Fraktion 1993 in den Rat getragen. Durch Abrundungssatzungen entstanden zahlreiche neue Bauplätze auf den Dörfern, in der Kernstadt konnten durch die Bebauungsplanerweiterung immerhin rund 50 neue Bauplätze geschaffen werden.

Dieses ist auch dringend notwendig, betont SPD - Fraktionschef Hiemer, da es in der Kernstadt nur noch baureife Grundstücke in privater Hand gab, hätten die Grundstückspreise deutlich angezogen. Hiemer hofft jedoch, daß durch das Angebot an städtischen Baugrundstücken hier wieder eine "Normalisierung" auf dem Grundstücksmarkt stattfinden wird.

In den Beratungen über die Grundstückspreise für die neuen städtischen Baugrundstücke hat die SPD - Fraktion vorgeschlagen, daß der günstige Grundstückspreis (30,-DM/qm) nur für Bauwillige gelten soll, die in Medebach wohnen oder arbeiten.

Da es einerseits sehr aufwendig und teuer ist, neues Bauland zu erschliessen, andererseits die städtische Finanzlage sehr angespannt ist, sollten die städtischen Bauplätze nicht für Zweitwohnungen, Ferienhäuser o.ä. von finanzstarken Bauinteressenten zu den günstigen Preisen abgegeben werden.

Endgültige Entscheidungen stehen jedoch noch aus.

In der Nachbarstadt Korbach werden städtische Bauplätze übrigens schon seit Jahren zu unterschiedlichen Preisen verkauft.

Bericht aus Bonn

von Dagmar Schmidt, MdB

Jetzt reicht es! Wenn einer Bundesregierung angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der schlechten konjunkturellen Situation nur noch der soziale Kahlschlag einfällt, ist sie mit ihrem Latein am Ende.

Statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, bekämpft sie Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien. Statt die schwache Konjunktur zu stützen, schwächt sie durch ihr Kürzungspaket die Massenkaufkraft. Mit Abbau des Kündigungsschutzes, Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kürzung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Frauen und Kürzung der Einkommen für Familien und Arbeitnehmern schafft die Bundesregierung keine Arbeitsplätze. Sie gefährdet den sozialen Frieden und schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

Ein Beispiel wie ungerecht die Bundesregierung gegenüber den Familien vorgeht:

Im Jahr 1997 fehlen durch den Wortbruch der Bundesregierung einer Familie mit 2 Kindern 480 DM. Insgesamt vier Milliarden DM gehen somit an Kaufkraft und Binnennachfrage verloren.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung 8,5 Milliarden DM übrig, um die Vermögenssteuer abzuschaffen. Wie dadurch ein einziger Arbeitsplatz geschaffen werden soll, bleibt ein Geheimnis des Finanzministers.

Die SPD-Bundestagsfraktion macht diese Politik des Sozialabbaus und der einseitigen Belastung von Familien, Frauen, Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern nicht mit.

Die Vorschläge der SPD liegen auf dem Tisch:

- die Senkung der Lohnnebenkosten noch in diesem Jahr,
- die Umwandlung von Überstunden in neue Arbeitsplätze,
- eine Teilzeitoffensive,
- Beseitigung des Mißbrauchs bei den 580-DM-Jobs,
- ein Aktionsprogramm gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung,
- kein Solidaritätszuschlag, sondern Abgaben auf hohe Einkommen

Mehr Informationen können Sie gern in meinem Wahlkreisbüro in Meschede, Tel. 0291-996713, anfordern.

Das SPD Programm für Deutschlands Zukunft:

Mehr Wachstum
Mehr Beschäftigung
Mehr Gerechtigkeit

Der Schlüssel zur Lösung der finanziellen und sozialen Probleme liegt in der Schaffung von mehr Wachstum und Beschäftigung, nicht in sozialem Kahlschlag.

■ Arbeitnehmerrechte sichern

Wer Zukunft sichern will, muß den Zusammenhalt stärken und den sozialen Frieden dauerhaft sichern. Wir sagen „Nein" zur Kürzung der Lohnfortzahlung und Lockerung des Kündigungsschutzes und wollen die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

■ Steuergerechtigkeit schaffen

Wir wollen das Steuersystem vereinfachen, die kleinen und mittleren Einkommen entlasten, Steuerschlupflöcher schließen und Wirtschaftskriminalität härter bekämpfen.

■ Wir brauchen ein „Jahrzehnt der Innovation"

Zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze braucht Deutschland eine neue Existenzgründungswelle. Vor allem zur Gründung technologieorientierter Unternehmen müssen die Investitionsbedingungen verbessert werden.

Arbeit schaffen durch die ökologische Steuerreform

Mehr Arbeitsplätze durch eine spürbare Entlastung des Kostenfaktors Arbeit sowie wirtschaftliche Anreize für Einsatz und Entwicklung innovativer Technologien.

■ Ausbildungsplätze schaffen

Unser Land hat nur Zukunft, wenn unsere Jugend Zukunft hat. Wir brauchen verbindliche Vereinbarungen, um Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu sichern. Wer nicht ausbildet, muß zahlen.

■ Arbeit billiger machen heißt Arbeit schaffen

Wir wollen durch eine Senkung der Lohnnebenkosten Betriebe und Arbeitnehmer entlasten. Das macht Gelder frei für mehr Arbeit.

■ Sozialversicherungen entlasten

Die Sozialversicherungen müssen endlich von sachfremden Ausgaben entlastet werden.

■ Gesundheitskosten senken

Unser Gesundheitssystem bietet genügend Möglichkeiten, um sozial verträglich Kosten zu sparen. Der Regierung Kohl fehlt hierzu der Wille.

☐ Bitte senden Sie mir weiteres Informationsmaterial über die SPD und ihre Politik

☐ Ich will jetzt Mitglied werden. Bitte senden Sie mir einen Aufnahmeantrag

Name: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Ja! ROT STEHT DIR GUT.

Coupon bitte einsenden an: SPD Parteivorstand, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn
Internet: http//www.spd.de